

# STAF: Kein leichtes Unterfangen

Am 19. Mai 2019 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Steuervorlage und AHV-Finanzierung (STAF) ab. Mit dieser Vorlage steht eine Abstimmung zu einem komplexen Thema bevor. Die Auswirkungen, die sie zur Folge hätte, schätzen Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin der Grünen Schweiz, und Daniel Lampart, Sekretariatsleiter und Chefökonom SGB, unterschiedlich ein.

Grosse, multinationale Firmen haben in den letzten 20 Jahren von Kantonen wie Basel-Stadt, Genf, Waadt oder Zug hohe Steuerrabatte erhalten. Diese Privilegien flogen auf. Die EU-Kommission und die OECD setzten die Schweiz unter Druck, die Steuerrabatte abzuschaffen. In der Unternehmenssteuerreform III (USR III) versuchten die betroffenen Firmen zusammen mit Bundesrat Ueli Maurer und den Kantonen neue, unverhältnismässige Steuerrabatte einzuführen. Doch die Bevölkerung sagte klar Nein zur USR III und verlangte einen Neustart.

Dieses Nein hat sich gelohnt. Die neue Steuervorlage (STAF) ist wesentlich besser. Die heutigen Steuerprivilegien der Firmen werden gestrichen. Weiter wird ein Teil der Steuerrabatte aus der Unternehmenssteuerreform II, die alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz durch die Volksabstimmung gebracht hat, korrigiert. Und die AHV erhält rund 2 Milliarden Franken zusätzlich. Davon wird ein nennenswerter Teil von den Firmen bezahlt – nämlich rund 600 Millionen Franken oder 0,15 Lohnprozente.

Für die höheren AHV-Beiträge haben sich die Gewerkschaften rund 40 Jahre eingesetzt. Die AHV ist vor allem für tiefe und mittlere Einkommen ein Segen. Die Topverdiener werden hingegen zur Kasse gebeten. Gemäss Schätzungen des Bundes erhalten 92 Prozent der Bevölkerung mehr aus der AHV, als sie einzahlen. Weil man auch auf Millionenboni vollständig AHV-Beiträge zahlen muss, aber niemand mehr als eine AHV-Maximalrente erhält.

Natürlich hätten wir Gewerkschaften gerne eine noch bessere, neue Steuervorlage gehabt. Vor allem was die Gewinnsteuern der Firmen betrifft. So hätten wir gerne

*«Doch die Bevölkerung sagte klar Nein zur USR III (...). Dieses Nein hat sich gelohnt. Die neue Steuervorlage ist wesentlich besser. Die heutigen Steuerprivilegien der Firmen werden gestrichen. Weiter wird ein Teil der Steuerrabatte aus der Unternehmenssteuerreform II (...) korrigiert.»*

einen Mindeststeuersatz für Gewinne eingeführt. Doch der Widerstand der betroffenen Kantone war riesig. Sie behaupten, dass Teile der internationalen Firmen ihre Gewinne im Ausland versteuern werden, wenn die Steuerprivilegien ersatzlos aufgegeben und die Steuern stark steigen werden.

Deshalb haben Kantone wie Basel-Stadt beispielsweise auf einer Patentbox bestanden. Auch bei einem Nein zu STAF werden die heutigen Privilegien aufgegeben werden müssen. Der internationale Druck ist zu gross. Ein Nein würde den kantonalen Steuersenkungswettbewerb aber stark

*«Auch bei einem Nein zu STAF werden die heutigen Privilegien aufgegeben werden müssen. (...) Und die zwei Milliarden Franken für die AHV wären verloren.»*

anheizen. Denn die Kantone, die viele Privilegien gewährt haben, würden in eigener Regie alles tun, um die Steuern zu senken. Und die zwei Milliarden Franken für die AHV wären verloren. Der Druck auf die AHV-Leistungen würde steigen – sei es über die Forderung, das Rentenalter zu erhöhen oder über Angriffe auf den Mischindex. ■

**Daniel Lampart,**  
Sekretariatsleiter und Chefökonom  
des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB

**Weiter im Netz**  
[www.sgb.ch](http://www.sgb.ch)



Daniel Lampart. Foto: zVg

«Bildung ist unser kostbarstes Gut», schrieb Beat W. Zemp 2017 in einem Statement gegen die Unternehmenssteuerreform III (USR III). Weitere Millionen-Kürzungen bei den Schulen seien deshalb nicht zu verantworten. Auch die Bevölkerung sah das so. Mit 60 Prozent Nein-Stimmen zeigte sie der Politik der leeren Kassen die rote Karte. Wer nun hoffte, dass im zweiten Anlauf eine ausgewogene Steuerreform verabschiedet wird, sieht sich leider getäuscht. Auch der neue Vorschlag (STAF) führt zum Abbau von über 2,1 Milliarden Franken jährlich, vorab in Gemeinden und Kantonen. Und auch er heizt das interkantonale und internationale Steuerdumping weiter an. Es ist kein Weg aus der Sackgasse, sondern «alter Wein in neuen Schläuchen». So hat ein bürgerlicher Finanzpolitiker die Steuerreform ehrlich zusammengefasst.

Ein Vergleich der alten und der neuen Vorlage zeigt: Die Verluste bei Kantonen und Gemeinden sind praktisch gleich hoch. Die Korrekturen reichen nicht aus, um das

*«Um den erneuten Steuer-Bschiss schmackhafter zu machen, wurde gleichzeitig eine Finanzspritze für die AHV beschlossen. Die Stabilisierung der AHV ist richtig. Sie darf aber nicht mit einer Senkung der Unternehmens-Gewinnsteuern von über 2,1 Milliarden Franken erkauf werden.»*

Rennen nach tieferen Unternehmenssteuern zu stoppen. Das sehen wir am Beispiel des Kantons Solothurn. Dort wird am 19. Mai auch über die kantonale Steuervorlage abgestimmt. Obwohl Solothurn nur wenige Statusgesellschaften hat, will die Regierung die Gewinnsteuern aus «Konkurrenzgründen» halbieren. Unter dem Strich profitieren die 96 Prozent normalbesteuerten Firmen. Sie werden um 90 Millionen Franken jährlich entlastet. Ein weiterer Abbau bei Bildung, Spitex und Sicherheit ist damit vorprogrammiert. Solothurn tappt in die gleiche Tiefsteuerfalle wie Luzern oder Obwalden.

Um den erneuten Steuer-Bschiss schmackhafter zu machen, wurde gleichzeitig eine Finanzspritze für die AHV beschlossen. Die Stabilisierung der AHV ist richtig. Sie darf aber nicht mit einer Senkung der Unternehmens-Gewinnsteuern von über 2,1 Milliarden Franken erkauf werden. Denn nicht nur die AHV braucht wegen dem «Baby-Boom-

Buckel» neue Finanzmittel. Auch die Kosten für Spitex, Ergänzungsleistungen oder Pflegefinanzierung werden steigen. Fehlt den Kantonen und Gemeinden das Geld dafür, dann nimmt der Druck auf die Bildung weiter zu.

Mit der Ablehnung der USR III hat die Bevölkerung einen klaren Auftrag erteilt: Die illegalen Steuerprivilegien müssen ohne Kahlschlag bei Kantonen und Gemeinden abgeschafft

*«Nur ein erneutes Nein bringt das Parlament zur Vernunft. Geld für bessere Lösungen ist vorhanden.»*

werden. Nur ein erneutes Nein bringt das Parlament zur Vernunft. Geld für bessere Lösungen ist vorhanden. Diesen Frühling schütten die 20 grössten Konzerne der Schweiz 40 Milliarden Franken an Dividenden aus. ■

Regula Rytz, Präsidentin der Grünen Schweiz,  
Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben  
des Nationalrats

Weiter im Netz  
[www.gruene.ch](http://www.gruene.ch)



Regula Rytz. Foto: Béatrice Devènes